

A7 Charité statt SPARité - Keine Kürzungen auf dem Rücken der Beschäftigten

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Berlin
Beschlussdatum: 24.10.2026
Tagesordnungspunkt: 19. Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Im Januar 2022 trat an der Charité der lang erkämpfte Entlastungstarifvertrag in
2 Kraft. Dieser Tarifvertrag, welchen die Beschäftigten durch massiven Druck und
3 Streiks erkämpften, wurde für Kliniken in ganz Deutschland zum Vorbild, um
4 Beschäftigte im Gesundheitssystem spürbar zu entlasten.

5 Kein Rollback bei den Arbeitsbedingungen in der 6 Pflege!

7 Der Tarifvertrag legte erstmals verbindliche Mindestanforderungen für die
8 Besetzung von Pflegepersonal auf den Stationen fest. Außerdem wurde damit ein
9 System geschaffen, welches Pflegepersonal kompensiert, wenn diese
10 Mindestanforderungen nicht eingehalten werden. Wenn Beschäftigte beispielsweise
11 aufgrund von Personalmangel in besonders belastenden Schichten arbeiten,
12 erhalten sie durch den Tarifvertrag sogenannte Charité Entlastungspunkte
13 (CHEPs), die sie gegen Freizeit, Geld oder andere Dinge eintauschen können.
14 Pflegekräfte werden damit nicht nur für Überbelastung kompensiert, sondern der
15 Tarifvertrag schafft finanzielle Anreize für die Klinik, Personalmangel und
16 schlechte Arbeitsbedingungen zu vermeiden.

17 Auch die Ausbildungsbedingungen an der Charité wurden durch den Tarifvertrag
18 verbessert. Es wurden unter anderem drei neue Ausbildungsstationen und eine neue
19 Lern-Intensivstation geschaffen. Außerdem wurde das Betreuungsverhältnis von
20 Praxisanleitungen zu Auszubildenden verbessert.

21 Zusätzlich sicherte der Tarifvertrag auch eine psychosoziale Betreuung auf allen
22 Intensivstationen, damit auch die Pflegenden eine Anlaufstelle für schnelle
23 Beratung und Hilfe haben.

24 Klar ist, der Tarifvertrag war ein erster, notwendiger Schritt, um Beschäftigte
25 im Gesundheitswesen spürbar zu entlasten, die Gesundheitsversorgung und
26 Betreuung der Patient*innen sicherer zu gestalten und die Arbeits- und
27 Ausbildungsbedingungen zu verbessern. Doch genau das ist gerade akut durch die
28 Reform der gesetzlichen Krankenkassen (GKV-Reform) der Bundesregierung bedroht.

29 Merz und Co. kürzen die Pflege zusammen

30 Im Juli verabschiedete die Bundesregierung die GKV-Reform, mit dem Ziel, Kosten
31 einzusparen und die Beiträge zu stabilisieren. Die Folgen und Kosten davon
32 tragen aber vor allem die Patient*innen, sowie die Beschäftigten selbst. Diese
33 Reform hat auch zur Folge, dass die Charité vom Sonderkündigungsrecht im
34 Tarifvertrag Gebrauch macht. Bereits im April kündigte die Klinik den
35 Tarifvertrag zum Jahresende, da sich die Rahmenbedingungen für die
36 Pflegefinanzierung mit der Reform ändern würden.

37 Doch für die Beschäftigten ist die Sparpolitik der Bundesregierung weit mehr als
38 ein paar Zahlen. Sie bedeutet im Zweifel Unterversorgung der Patient*innen,
39 Dauerbelastungssituationen für das Pflegepersonal, schlechtere
40 Ausbildungsbedingungen, eine erhöhte körperliche und psychische Belastung der
41 Pflegenden und dass Patient*innen schlechter versorgt werden.

42 Solidarität mit den Streikenden

43 Anfang September sind die Beschäftigten der Charité für den Erhalt und die
44 Weiterentwicklung des Tarifvertrages erstmals in den Warnstreik gegangen.
45 Seitdem haben sie mehrfach die Arbeit niedergelegt, und sie werden auch
46 weiterhin nicht lockerlassen. Die Beschäftigten haben schon einmal gezeigt, dass
47 sie sich gemeinsam gegen die Arbeitgeberseite durchsetzen können: Den
48 Entlastungstarifvertrag haben sie 2021 in einem wochenlangen Streik erkämpft.
49 Sie haben ihn nicht geschenkt bekommen und werden ihn sich nicht wieder nehmen
50 lassen.

51 Dabei streiken sie nicht nur für sich selbst. Gute Arbeitsbedingungen in der
52 Pflege sind die Voraussetzung für eine gute Versorgung. Wer Pflegekräfte
53 dauerhaft überlastet, gefährdet am Ende Patient*innen. Der Streik ist deshalb
54 auch ein Einsatz für ein Gesundheitssystem, in dem Menschen sicher versorgt
55 werden und Pflegekräfte ihren Beruf gesund ausüben können.

56 Als Grüne Jugend Berlin werden wir die Streikenden unterstützen: vor Ort am
57 Streikposten, bei Ansprachewochen in der Charité oder dadurch, dass wir ihre
58 Forderungen in die Grüne Partei tragen.

59 Keine Einschränkungen beim Streikrecht

60 Das Recht zu streiken ist durch die Koalitionsfreiheit in Artikel 9 des
61 Grundgesetzes geschützt und damit ein besonders wichtiges Grundrecht. Allerdings
62 können es gerade Studierende der Pflege und Hebammenwissenschaft an der Charité
63 nicht oder nur unter Inkaufnahme von drastischen Konsequenzen wahrnehmen.
64 Streiktage werden aktuell nämlich als Fehlzeiten gewertet. Im schlimmsten Fall
65 mit der Folge, nicht zur Prüfung zugelassen zu werden. Wer sein Grundrecht auf
66 Streik wahrnimmt, darf dafür nicht mit dem Abschluss bezahlen. Wir fordern die
67 Charité, die Hochschulen und den Senat auf, Streiktage ausdrücklich nicht als
68 Fehlzeiten anzurechnen und klarzustellen, dass die Teilnahme an Streiks keine
69 Nachteile für Prüfungszulassung und Abschluss hat. Andere Bundesländer haben
70 längst klargestellt, dass die Teilnahme an Streiks, die auch die
71 Ausbildungsbedingungen betreffen, nicht als Fehlzeit gewertet wird. Berlin muss
72 diesem Beispiel folgen.

73 Für uns als GRÜNE JUGEND Berlin ist klar: wir wollen ein gerechtes
74 Gesundheitssystem und dazu gehören immer gerechte und faire Arbeitsbedingungen
75 für die Beschäftigten. Deswegen stellen wir uns hinter die Forderungen der
76 Beschäftigten, der Gewerkschaft ver.di und der Krankenhausbewegung.

77 Wir fordern:

- 78 • Den Erhalt und die Weiterentwicklung des Entlastungstarifvertrags
- 79 • Verantwortung des Landes Berlin: Als Eigentümer der Charité muss der Senat
80 sich aktiv für die Beschäftigten einsetzen und darf sich nicht auf die
81 Bundespolitik berufen.
- 82 • Gute Ausbildung sichern: Ausbildungsstationen, Lern-Intensivstation und
83 die verbesserte Praxisanleitung müssen erhalten bleiben. Auszubildende und
84 Studierende dürfen nicht als Ersatz für fehlendes Personal eingesetzt
85 werden.
- 86 • Keine Nachteile für Streikende in Ausbildung und Studium: Streiktage
87 dürfen nicht als Fehlzeiten zählen und die Zulassung zu Prüfungen nicht
88 gefährden.
- 89 • Notdienstvereinbarungen auf Augenhöhe. Die Patientenversorgung muss
90 gesichert sein, aber ohne dass das Streikrecht durch überzogene
91 Besetzungsvorgaben faktisch ausgehöhlt wird.
- 92 • Eine klare Haltung der Grünen: Die Grünen in Berlin und im Bund müssen
93 sich hinter die Forderungen der Beschäftigten stellen und sich für ihre
94 Umsetzung einsetzen.